



Den Stuhl vor die Tür

Neuanfang nur ohne OB
Sauerland möglich:
Unterschriftensammlung
in der Schlussphase



■ Die Luft für OB Adolf Sauerland wird immer dünner. Bis zum 19. Oktober wird die Initiative Neuanfang für Duisburg mehr noch als die erforderlichen 55.000 Unterschriften zusammen haben. Dann entscheidet der Rat, ob das 1. Quorum von 15 % der Wählerschaft erreicht ist. Wenn ja, muss nach dem neuen Wahlrecht das Abwahlverfahren eingeleitet werden. Dann werden alle Wahlberechtigten aufgerufen, am Wahltag abzustimmen, ob Sauerland bleiben soll oder gehen muss. Die Mehrheit entscheidet und diese muss mindestens 25 % der Wahlberechtigten betragen (sog. 2. Quorum). Wird Sauerland abgewählt, muss eine Neuwahl stattfinden.

Die Stimmung ist eindeutig: Dieser OB wird für die Katastrophe bei

der Love Parade mit 21 Toten und vielen hundert Verletzten politisch und moralisch verantwortlich gemacht. Er trägt als Chef der Verwaltung die Verantwortung für die fehlerhafte Planung. Er ist nach der Katastrophe durch empörende Rechtfertigungsversuche, zweifelhafte Gutachten und schreckliches Missmanagement bundesweit aufgefallen. Dieser OB hat unserer Stadt schwer geschadet. Die große Mehrheit der DuisburgerInnen will ihm den Stuhl vor die Tür setzen und einen Neuanfang. Gegen 16 weitere Verantwortliche wird ein Strafprozess vorbereitet.

Nach einem überraschend guten Start nach seinem Wahlerfolg von 2004 gegen die diskreditierte OB Zieling kehrte sich das Bild um. Es häuf-

ten sich Fehlentscheidungen beim Führungspersonal, in der Verwaltungsführung, bei Großprojekten. Die schere Gebag-Krise obenan. Sauerland hat den abenteuerlichen „Schuhkarton“ maßgeblich mit betrieben. Duisburgs Potential wurde immer mehr gefährdet und verschleudert. Duisburg ist bei den Schlusslichtern in NRW, was den Sozialindex betrifft. Die Haushaltskrise nahm katastrophale Ausmaße an.

Duisburg ist überschuldet, insbesondere, weil (auch) die Merkel-Regierung die Kommunen hängen lässt, die gesetzlichen Aufgaben total unterfinanziert sind. Die hausgemachten Schulden kommen hinzu. Viele Bereiche in unserer Stadt sind von Haushaltskürzungen betroffen

und sehen ihre Existenz gefährdet. Vor allem trifft es diejenigen, die eh schon benachteiligt sind.

Unsoziale Haushaltspolitik

Dies wurde bereits in zwei Haushaltsrunden von der neuen Ratsmehrheit abgelehnt. Dennoch werden von der Verwaltungsspitze – unter Berufung auf die Kommunalaufsicht – weitere Kürzungen betrieben. Die neue Ratsmehrheit hat Einnahmeverbesserungen bei Gewerbe- und Grundsteuer durchgesetzt und im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts eine ganze Reihe vernünftiger und vertretbarer Einsparungen beschlossen, die auch von der Kommunalaufsicht begrüßt wurden.

Highlights aus dem Sauerland

OB Sauerland steht seit 2004 „am Ruder“ unserer Stadt. Ohne Zweifel hat er wichtige und richtige Entscheidungen getroffen – insbesondere die Innenstadtentwicklung oder die Aufwertung der Integrationsarbeit, um nur zwei Themen zu benennen – die überfällig und u.a. auch von der LINKEN lange Jahre eingefordert worden waren. Die Ära Sauerland ist aber auch durch zahlreiche finanzielle, organisatorische personelle Fehlentscheidungen und Schattenseiten geprägt. Die massive Kritik an ihm und seiner Politik beschränkt sich nicht nur auf seine zweifelhafte Rolle bei der Planung der Love Parade und sein unsägliches Krisenmanagement nach der Katastrophe. Hier einige Beispiele, für die er ebenfalls Verantwortung trägt:

Parallelkanal und Parallelkosten

10 Mio. Euro sollte der Parallelkanal an der Wedauer Regattabahn laut Ratsbeschluss vom 12.06.06 kosten. 5 Monate später wurden es 14 Mio., im Dezember 2008 schließlich 18,5 Mio. Euro. Der städtische Eigenanteil war schließlich mit 9,2 Mio. Euro mehr als doppelt so hoch wie ursprünglich geplant. Gegen den Protest der Umweltschützer wurden viele Hektar Wald vernichtet. Die teure Kamerastrecke ist bis heute nicht betriebsfähig.



Städtisches Klinikum an Privatkonzern

Gegen ein (nicht anerkanntes Bürgerbegehren) und massive Proteste der Belegschaft zog OB Sauerland 2007 mit der damaligen Ratsmehrheit unter Führung der CDU die Teilprivatisierung (49%) der Städtischen Kliniken durch. Der Krankenhauskonzern Sana hat seitdem das Sagen im Haus, weil die Stadt auf ihren Geschäftsführer verzichtet und Sana durch den Managementvertrag weitgehende Rechte eingeräumt hat. 2010 wurde ein Verkauf von weiteren Anteilen an Sana durch die neue Ratsmehrheit verhindert.



420.000 Euro für Reinwaschversuch

OB Sauerland beauftragte eine Anwaltskanzlei, die bereits andernorts durch zweifelhafte Beratungsaktivitäten aufgefallen ist (u.a. Privatisierungen in Mülheim, Elbphilharmonie Hamburg) mit der Erstellung eines Gutachtens, um sich von jeder Verantwortung für die Loveparade-Katastrophe rein zu waschen. Die Zusammenstellung von Verwaltungsunterlagen und die kümmerlichen Ausführungen kosteten die Stadtkasse 420.260,15 Euro!



Botanischer Garten Hamborn

Die Verwaltungsspitze will durch die Schließung der beiden Tropenhäuser und stark verminderten gärtnerischen Pflegeaufwand Einsparungen von 500.000 € erzielen. Die Ratsmehrheit lehnte dies ohne ein neues Gesamtkonzept ab. Mit der Schließung der Häuser durch die Stadtspitze aus „Sicherheitsgründen“ sollten offenbar Fakten geschaffen werden. Eine Glaserfirma konnte ihren Auftrag nicht zu Ende führen. Mangelnde Unterhaltung hinterließ bereits Schäden an den Pflanzen. 6.000 Protestunterschriften zeigen aber Wirkung. Am 31.08. lud das Umweltdezernat zu einem Workshop ein. Bis Ende Oktober wird jetzt ein Konzeptentwurf stehen. Bürgerinitiative, Förderverein, Fuchsenzüchter und Aquarianer müssen mit ihren Vorstellungen ernst genommen werden!



Schuhkarton viel zu groß

Die Erweiterung des Museums Küppersmühle am Innenhafen – ein Lieblingsobjekt des OB – wurde der städtischen Gebag als Bauherr übertragen. Sie erwies sich als restlos überfordert, die beauftragten Firmen gingen Pleite, der „Schuhkarton“ war am Ende durch Pfuscharbeit unbrauchbar. Nachfragen der LINKEN im Rat wurden mehrmals abgeblüht. Statt Kosten in Höhe von 25 Mio. Euro (die weitgehend durch Großsponsoren finanziert werden sollten) belaufen sie sich derzeit auf weit über 60 Mio. Euro. Wer zahlt, ist derzeit noch offen. Die Gebag mit 14.000 Wohnungen steht am Abgrund.



»Ich bin überzeugt, wir schaffen das« Abwahlverfahren gegen OB Sauerland

Interview mit Theo Steegmann, früherer Betriebsrat bei Krupp Rheinhausen und einer der drei Sprecher der Initiative Neuanfang für Duisburg, die das Bürgerbegehren organisiert.

Knapp zwei Monate nach der Love Parade-Katastrophe war im Rat ein Abwahlantrag gegen Oberbürgermeister Adolf Sauerland gescheitert. Zwar hatte sich eine absolute Mehrheit gegen ihn entschieden, aber die viel zu hohe Hürde von Zweidritteln kam nicht zustande. Auch die rund 10.000 Unterschriften aus der Bürgerschaft hatten damals nur einen demonstrativen Wert. Seit dem 20. Juni läuft nun erneut eine Unterschriftensamm-

lung, nachdem die Landtagsmehrheit auf Betreiben der LINKEN mit der Änderung der Gemeindeordnung NRW (§ 65) erstmals den WählerInnen ein Initiativrecht zur Abwahl des Stadtoberhauptes eingeräumt hat.

Wie siehst Du den bisherigen Verlauf der Unterschriftenkampagne?
Die ersten Wochen waren toll: Die Leute standen vielfach Schlange

an unseren Ständen. Vor allem die Älteren haben unterschrieben. Sie sind empört über das Verhalten von Sauerland, aber auch der Dezentenriege und des Chefs von Duisburg Marketing. Sie verbinden mit der Initiative die Hoffnung, dass sich hier in der Stadt endlich etwas ändert. Jüngere unterschreiben auch, meist aus dem Motiv „Ich hätte ja ein Opfer dieser fahrlässigen Veranstaltungsplanung sein können“. Aber wir müssen noch weiter mobilisieren.



Wie sieht das konkret aus?
Jugendliche können bei Kommunalwahlen schon mit 16 wählen. Aber oft stellen wir ein völliges Desinteresse an der Politik fest. Die Glaubwürdigkeit vieler handelnder Personen ist aus ihrer Sicht völlig dahin. Wir wollen sie z. B. vermehrt über die neuen sozialen Netzwerke wie Facebook ansprechen. Wir werden am neuen Berufsschulzentrum in Neudorf und anderen Oberstufen stehen. Auch die Clubszene, die uns

ja schon am Jahrestag mit der Aktion Remind the Love unterstützt hat, ist wichtig.

Wie organisiert sich die Initiative Neuanfang, helfen Viele mit?
Wir arbeiten dreistufig: Die drei Sprecher, die auch die Unterschriftenliste anführen und gemeinsam Erklärungen abgeben. Das zwölfköpfige Organisationskomitee, bestehend aus den Gründungsmitgliedern und weiteren, das wichtige Entscheidungen und strategische Weichenstellungen vorbereitet, die Listen entgegennimmt und prüft. Mittwochs haben wir ein offenes Plenum. Im Organisationskomitee sind praktisch alle Parteien vertreten, die uns unterstützen, aber auch Gewerkschaften, Duisburg 21 und natürlich Bürgerinnen und Bürger, die sich zum ersten mal im Rahmen dieses Abwahlverfahrens politisch engagieren. Aus der kleinen Initiative ist eine Bewegung geworden: Viele Duisburger sammeln in ihrem

Bekannt- und Freundeskreis oder Sportvereinen. Das Engagement ist überwältigend.

Steht die Weigerung Sauerlands im Mittelpunkt der Argumentation, politische Verantwortung für das Love-Parade-Desaster zu übernehmen, oder spielen auch andere Themen eine Rolle?
Die aktiven Bürgerinnen und Bürger haben viele Erwartungen an einen Neuanfang. Sie wollen, dass Spitzenpositionen in der Stadt wieder nach fachlicher Eignung und nicht ausschließlich nach Parteibuch besetzt werden, sie wollen eine Stadtentwicklungspolitik, die Konzepten folgt und nicht jedem Investor, der mit Geld winkt, in den Hintern kriecht, sie wollen einen unabhängigen OB-Kandidaten oder zumindest an der Aufstellung der Kandidaten beteiligt werden, sie wollen, dass die Jugendarbeit in der Stadt gefördert wird und solche Peinlichkeiten, wie die Ausladung unserer türkischen Gäste

im Rahmen des Schüleraustausches nie mehr vorkommen. Und mehr.

Gab es Versuche, die Unterschriftensammlung und damit die Ausübung eines demokratischen Rechts zu behindern?
Es gab einen diffamierenden Artikel in der Rheinischen Post. Hier holte man „Honoratioren“ zusammen. Herr Stecker, Leiter des Lehmbruck-Museums, verglich das Abwahlverfahren mit einer Hexenjagd im Mittelalter. Hier tat sich auch wieder Herr Greulich hervor, der immer noch nicht zwischen rechtlicher Schuld und moralischer Verantwortung unterscheiden kann.

Wie geht es weiter, nach Erreichen des ersten Quorum von 15%?
Wenn das Abwahlverfahren eingeleitet werden muss, brauchen wir eine hohe Wahlbeteiligung. Die entstandenen Strukturen der Bürgerinitiative könnten genutzt werden, der Sprecherrat und das Organisati-

onskomitee könnten erweitert werden. Wir werden Anfang November Gespräche mit den unterstützenden Parteien und Gewerkschaften führen.

Was möchtest Du abschließend den Standpunkt-LeserInnen ans Herz legen?
Unterschriften, Unterschriften, Unterschriften bis zum Abgabetermin, der voraussichtlich der 17. Oktober sein wird! Wir haben jetzt über 50.000 brutto, unser Ziel sind aber über 65.000. Unterstützung können wir immer gebrauchen, bitte bei der Hotline melden oder Mittwoch vorbeikommen. Da wird die Planung gemacht und wir besprechen Sonderaktionen, wie z.B. bei MSV-Heimspielen. Das wäre nach innen und nach außen endlich mal ein positives Signal für Duisburg: Wenn schon die Stadtspitze nichts begriff, dann jedenfalls die Bürgerinnen und Bürger.

www.neuanfang-fuer-duisburg.de

30 Euro sind zu viel – Sozialticket jetzt!

Freie Fahrt für freie Bürger!

von **Thomas Keuer**
Ratsherr DIE LINKE Duisburg

Der Rat hat am 14.09. nach intensiver Debatte mit großer Mehrheit beschlossen, dass sich Duisburg ab dem 1.11.11 dem VRR-Modell eines „Sozialtickets“ zu 29,90 Euro anschließt. Die LINKE hatte einen eigenen Antrag vorgelegt (s. Kasten) und plädierte insbesondere für 15 Euro. Er fand keine Mehrheit, SPD und Grüne enthielten sich. Bei der Schlussabstimmung über den Verwaltungsantrag enthielt sich die LINKE, weil sie das verbilligte Ticket nicht verhindern wollte, aber weiter für die Einführung eines echten Sozialticket streiten wird. Vor dem Rathaus demonstrieren Betroffenen-Inis und Erwerbslose für ein Sozialticket, das seinen Namen verdient.

Knapp 30 Euro sind für die Ärmsten der Armen viel zu hoch. Wir sagen: Das ist ein schlechter Start und von manchen Wahlversprechen droht nicht viel zu bleiben. So ist die Zahl der Sozialticket-AbonentInnen in Dortmund massiv eingebrochen, als der Preis von 15 auf 30 Euro angehoben wurde: Die Abos fielen von über 24000 auf unter 8000!

Für DIE LINKE ist Mobilität kein Luxusartikel, sondern notwendige Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Alle anderen Parteien rechnen die Kosten eines Sozialtickets künstlich hoch. Es wird z. B. so getan, als wenn über ein verbilligtes Ticket keine neuen Kunden gewonnen werden können. Durch den massenhaften Umstieg von Bestandskunden in das Sozialticket würden erhebliche Verluste entstehen.



In Duisburg wird von rund 100.000 Anspruchsberechtigten ausgegangen. Man unterstellt, dass ca. 14.000 ein Sozialticket kaufen. Es wird behauptet, diese 14.000 zahlten für ein Monatsticket weniger an die DVG und der daraus entstehende Verlust würde nicht in vollem Umfang vom Land NRW ausgeglichen. Folgt man dieser Logik, würde der Stadt ein Verlust von bis

zu 900.000 Euro im Jahr entstehen. Erfahrungen anderswo zeigen aber: Mit einem echten Sozialticket können viele neue Kunden gewonnen werden, die sog. Schwarzfahrer gehen stark zurück. Folge: Im VRR werden nur Menschen das 30-Euro-Ticket nutzen, die mit niedrigem Einkommen besonders stark auf den ÖPNV angewiesen sind und sich deshalb schon früher zum Kauf einer normalen Monatskarte entschieden hatten. Außerdem ist schon jetzt klar, dass dieses Ticket nicht flächendeckend im VRR-Gebiet eingeführt, sondern ein Flickenteppich entstehen wird. Zwar hat inzwischen die Landesregierung die Regierungspräsidenten per Erlass darüber informiert, dass auch Nothaushaltskommunen wie Duisburg an dem Pilotprojekt teilnehmen dürfen. Allerdings ist davon auszugehen, dass etliche Kommunen/Landkreise nicht teilnehmen werden, zumal die Finanzierung aus Landesmitteln zunächst bis Ende 2012 angeboten wird, darüber hinaus jedoch unsicher ist. Damit droht ein Misserfolg dieses VRR-„Sozialtickets“.

Wir wollen, dass sich die städtischen VertreterInnen im VRR für ein echtes Sozialticket einsetzen. Es gibt keinen ÖPNV, der kostendeckend arbeiten kann. Mobilität für alle ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, die auch aus Steuergeldern zu bestreiten ist.

Aus dem Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE

Der Rat der Stadt spricht sich für die baldige Einführung eines tatsächlichen Sozialtickets im Gebiet des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr (VRR) aus. Das Ticket soll allen Menschen zur Verfügung gestellt werden, die unterhalb der Armutsgrenze leben.

Preis und Ausgestaltung

Das Ticket soll sowohl als jederzeit kündbares Monatsticket wie auch als günstiges Viererticket erhältlich sein. Der Preis des Monatstickets darf 15 € nicht überschreiten. Der Preis der Vierertickets darf 50 % des Regelpreises nicht überschreiten. Das Ticket soll rund um die Uhr verbundweit im gesamten Gebiet des VRR gültig sein. Die Tarifmerk-

male (wie Mitnahmemöglichkeiten, Übertragbarkeit) sollen gemäß dem VRR-Ticket2000 gestaltet werden.

Sozialticket und DU-Pass koppeln

Die Verwaltung wird beauftragt, auch für Duisburg zügig einen Sozialpass-Modell (DU-Pass) zu entwickeln und dabei auf entsprechende Erfahrungen in anderen Kommunen zurückzugreifen. Pass-InhaberInnen haben dann Zugang zum Sozialticket. Der Pass soll außerdem vergünstigte oder kostenlose Eintritte in die verschiedenen Einrichtungen unserer Stadt bzw. der Beteiligungsbetriebe ermöglichen wie Deutsche Oper am Rhein, Bäder, Museen, Stadtbibliothek, Stadttheater und

weitere Bühnen, Philharmonie und Volkshochschule.

Finanzierung

Landtag und Landesregierung werden aufgefordert, die Finanzmittel für ein landesweites Sozialticket bereit zu stellen und den bisherigen Haushaltsansatz entsprechend zu erhöhen. Das ÖPNV-Gesetz ist dahingehend zu ergänzen, dass ein Sozialticket zu o.g. Bedingungen als Pflichtaufgabe eingeführt und die bedarfsgerechte Ausgleichsfinanzierung vom Land sichergestellt wird. Für die Finanzierung dürfen weder Kunden (durch Preiserhöhungen), Beschäftigte der Verkehrsbetriebe oder Kommunen herangezogen werden.

Termine

21.09.2011, 18.30 Uhr

Vortrag und Diskussion mit Prof. Maguëye Kassé, Universität Dakar/Senegal. Kassé analysiert das Dreieck Macht, Politik und Ressourcen, das seit den 1960er Jahren akute Relevanz hat, vor allem im subsaharischen Afrika. Internationales Zentrum der VHS Duisburg, Flachsmarkt 15, 47051 Duisburg, Großer Saal, Veranstalter: Rosa Luxemburg Club

25.09.2011, 11.00 Uhr

Tagung des Arbeitskreises Gerechter Frieden in Nahost NRW, anschl.

Veranstaltung: 15.30 Uhr Ziviler Widerstand gegen die israelische Besatzung, mit Mousa Abu Maria, Beit Ommer/Palästina. Kulturzentrum Bhf. Bochum-Langendreer

25.09. 11.00 Uhr

Schulkonsens oder Schulnonsens in NRW? Mit Norbert Müller (GEW), Anna Conrads (MdL), Hannah Gnech (LSV NRW), Marc Mulia (schulpol. Sprecher NRW DIE LINKE), Moderation: Sevim Dagdelen (MdB). Bürgerbüro DIE LINKE, Kaiser-Wilhelm-Straße 278, Duisburg-Marxloh

29.09.2011, 19.00 Uhr

Vortrag und Diskussion mit Elias Davidsson, Friedensaktivist und Musikpädagoge (Bonn): 10 Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 – eine Zwischenbilanz. DIE LINKE, Duisburg, Gravelottestr. 28, Duisburg-Hochfeld

02.10.2011, 17.00 Uhr

So heiß gegessen wie gekocht – Klimakatastrophe mit Musik. Theater Berliner Compagnie. Ev. Gemeindehaus, Duisburg-Walsum

06.10.2011, 19.00 Uhr

Vortrag von Fenina Kondolanga, Dolmetscherin bei Anhörungen: Situation der Menschen im Kongo und die der Flüchtlinge in Deutschland. Bürgerbüro DIE LINKE, Kaiser-Wilhelm-Straße 278, Duisburg-Marxloh

06.10.2011, 19.45 Uhr

Dr. Gregor Gysi kommt nach Dinslaken. Diskussionsabend über die Auswirkungen der Finanzkrise. City-Hotel Dinslaken (Nähe Bahnhof)

15.10.2011

Jahreshauptversammlung, DIE LINKE, Duisburg, Haus Kontakt, Scharnhorststraße 32, Duisburg-Kaßlerfeld

16.10.2011, 16.00 Uhr

Dokumentarfilm: Brigadistas. 70 Jahre nach Beginn des Spanischen Bürgerkriegs kehren die letzten noch lebenden internationalen Freiwilligen, die gegen den Faschismus und General Franco gekämpft haben, nach Spanien zurück. Café Zentral, Steinische Gasse 48, Duisburg-Mitte